



Dark Heritage?

ZUM UMGANG MIT „DUNKLEM ERBE“. BEGRIFFE UND KONZEPTE

Die transnationale Verbreitung und zunehmende Ausdifferenzierung des Heritage-Begriffs über den englischsprachigen Diskurs hinaus hat zu einer verstärkten Historisierung und theoretischen Fundierung von Konzeptionen des Kulturerbes – „Heritage“ – geführt.¹ Dabei geht es auch um deren grundsätzlich affirmativen Charakter. So handelt es sich bei den unter dem Heritage-Begriff firmierenden Phänomenen, Ereignissen und Traditionsbeständen in einem normativen Sinne per se um etwas, das durch aktuelle Umstände bedroht und daher schützens- und bewahrenswert ist. In der Heritage-Theorie wird dies mit dem Begriff der „advocacy“ umschrieben, die am Anfang der Bewegung gestanden habe: „Heritage conservation began with advocacy“.² Und weiter: „Preserve our Heritage!‘ This is the traditional – and clichéd – battle cry from those who object to the proposed demolition of a valued historic building, removal of a beloved old tree, or development on top of an archaeological site. Losing the historic place would destroy both the thing and many of the powerful cultural associations that go with it.“ Problematisch wird es jedoch, wenn die ererbte Vergangenheit mit einer breit geteilten (und bislang zumeist westlich geprägten) Wertebasis nicht vereinbar ist, die „advocacy“ also nicht im Sinne des Engagements für eine „gute Sache“ betrieben werden kann. Das betrifft unter anderem Naturkatastrophen, vor allem aber Ereignisse der (post-)kolonialen Epoche – Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Kriegen und Konflikten, die innergesellschaftliche Gewaltgeschichte von Terrorismus und staatlicher Repression sowie die damit verbundenen Orte, etwa Lager und Polizeigefängnisse. Zu dieser wenig „schillernden“ Vergangenheit bildeten sich schon früh ortsbezogene erinnerungskulturelle Praktiken heraus.³ Im deutschsprachigen Denkmaldiskurs prägte Norbert Huse hierfür den Begriff der

„unbequemen Baudenkmale“.⁴ Darunter fasste er sowohl „schwierige Erbschaften“⁵, etwa die baulichen Hinterlassenschaften des Nationalsozialismus, als auch ganz allgemein Denkmale, die sich populären Vorstellungen von Schönheit und vordergründiger historischer Heimeligkeit entzögen.⁶ Nach Huse kann es aber durchaus vorkommen, dass sich die öffentliche Bewertung im Laufe der Zeit ändert und die einst verschmähten Bestände, wie etwa die Architektur der Gründerzeit, ganz selbstverständlich anerkannt werden. Bestimmte Denkmale, so Huse, müssten aber „unbequem“ bleiben – darunter das bauliche Erbe des Nationalsozialismus. Dabei lassen sich Orte und Artefakte, die zur Auseinandersetzung mit Krieg und Gewalt auffordern, durchaus auch mit der Vorstellung eines universellen Erbes der Menschheit verbinden. So wurde Auschwitz-Birkenau als ehemaliges Vernichtungslager der Nationalsozialisten bereits 1979 in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes aufgenommen.⁷ Die internationale Heritage- und Kulturerbeforschung entwickelte dafür seit Mitte der 1990er Jahre verstärkt ein Bewusstsein und bindet das Phänomen aktuell mit Konstruktionen wie „dark heritage“ und „difficult heritage“ in den Heritage-Diskurs ein.⁸

Eine spezifische Form der Erinnerungskultur im Umgang mit der jüngsten Vergangenheit hat sich nach NS-Diktatur und Zweitem Weltkrieg in den beiden deutschen Staaten herausgebildet. Während sie im Westen zunächst durch Verdrängen und Beschweigen, dann von der beginnenden Aufarbeitung durch die Justiz und das allmähliche Erstarken zivilgesellschaftlicher Initiativen geprägt war, bezog die DDR mit ihrer Staatsgründung moralische Legitimation aus dem Erbe des antifaschistischen Widerstands.⁹ Nach der Vereinigung 1990 mündete das Zusammentreffen zweier unterschiedlich geprägter NS-bezogener Erinnerungskulturen (heterogene Gedenkstättenlandschaft in der alten BRD und vereinheitlichtes staatliches Gedenkstättenwesen in der DDR) in ein verstärktes konzeptionelles und finanzielles Engagement des Bundes. Zudem musste eine Form des Umgangs mit den Orten von Unterdrückung und Repression auf dem Gebiet der ehemaligen DDR gefunden werden.¹⁰ Für den politisch-gesellschaftlichen Diskurs in Deutschland kann nach den noch in den 1990er Jahren breit rezipierten „Schlussstrich“-Debatten zumindest bis in die erste Dekade nach der Jahrtausendwende

← 1: Dortmund, Mallinckrodtstraße, Gedenkstätte für das NSU-Mordopfer Mehmet Kubaşık vor seinem ehemaligen Kiosk in Dortmund, 2016 (Foto: Michael Schilling)



die Etablierung einer normativen (i. S. einer demokratisch-humanistisch orientierten) Erinnerungskultur konstatiert werden. Neben der Institutionalisierung von Erinnerung über die öffentliche Förderung der Gedenkstättenlandschaft findet diese Entwicklung auch in staatlich getragenen performativen Formen des Gedenkens ihren Ausdruck – etwa in der Präsenz von Repräsentant/innen der Regierungen auf Bundes- und Landesebene bei den Erinnerungsveranstaltungen zur Befreiung der Konzentrationslager (Abb. 2, 3), in der Erklärung des 27. Januar zum nationalen Holocaust-Gedenktag oder der Begehung des 25. Jahrestages des 9. November 1989. Im Umgang vor allem mit der NS-Zeit hat sich eine „Nationalisierung negativen Gedenkens“ (Volkhard Knigge) vollzogen; der kritisch erinnernde, mahnende Vergangenheitsbezug ist zur Staatsräson der Bundesrepublik nach 1990 geworden. Dabei herrscht weitgehend Konsens über die Verschränkung und wechselseitige Abhängigkeit jeder historischen Erinnerung nach 1945. In seiner Kölner Antrittsvorlesung von 1949 brachte dies der aus dem Exil zurückgekehrte Germanist Richard Alewyn auf die Formel: „Zwischen uns und Weimar liegt Buchenwald.“¹¹ Zur Normativität dieser durch die Geschichte des Nationalsozialismus geprägten Erinnerungskultur gehört auch, dass nahezu alle Formen des Gedenkens an Repräsentant/innen des NS-Regimes (soweit sie nicht zum Widerstand

gezählt werden können) marginalisiert werden. Das zeigt sich beispielsweise im Umgang mit dem Grab von Rudolf Heß in Wunsiedel, das sich in den 1980er und 90er Jahren zu einer regelrechten Pilgerstätte für Neonazis entwickelt hatte. Parallel zu den jährlichen Treffen an Heß' Todestag formierte sich jedoch ein lokales Bündnis, das gegen die Vereinnahmung des Ortes durch Rechtsextreme protestierte. Zuletzt ging es auch immer wieder darum, das Grab aufzulösen, um den Gedenkritualen die Grundlage zu entziehen. Nachdem der Landkreis diese 2005 verboten hatte, wurde das Grab im Herbst 2011 im Einvernehmen mit den Erb/innen aufgelöst und Heß' Asche auf dem Meer verstreut.¹² In einem anderen Fall ging es um eine Familiengrabplatte, in der auch der Name des bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen 1945 zum Tode verurteilten und hingerichteten Joachim von Ribbentrop eingraviert ist und dessen Asche man in den Conwenzbach, einen Zufluss der Isar, gestreut hatte. Durch die Verlegung der Grabplatte von Wiesbaden-Biebrich nach Velbert wurde dieser Umstand wieder publik und es entspann sich eine

↑→ 2, 3: Weimar, ehemaliges KZ Buchenwald, Gedenkveranstaltung zum 63. Jahrestag der Befreiung des Lagers, April 2008

Auseinandersetzung um die Nennung des Namens. Die Stadt Velbert wies darauf hin, dass es in der Bundesrepublik kein grundsätzliches Verbot der Bestattung von verurteilten Kriegsverbrechern gebe und daher auch die bloße Nennung des Namens auf der Familiengrabplatte erlaubt sei.¹³ Auch das Maß der öffentlichen Empörung nach der Enttarnung der rechtsterroristischen Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) im November 2011 und das am Münchener Hauptbahnhof weit über die Spätsommertage 2015 hinaus aufrecht erhaltene gesellschaftliche Engagement für Geflüchtete, die „Willkommenskultur“, können gewissermaßen als praktisch-politische Folge dieser spezifischen, in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus gründenden bundesrepublikanischen Erinnerungskultur gewertet werden.¹⁴

DENKMALE FÜR DIE OPFER DES NSU

Das Bekanntwerden der NSU-Mordserie und die Enthüllung der unzulänglichen Ermittlungen der Sicherheitsbehörden führten nach dem November 2011 zu einer bis heute anhaltenden Debatte um politische und institutionelle Konsequenzen und um angemessene Formen des Umgangs mit Opfern und Angehörigen. Letztere forderten dies mit Demonstrationen und Initiativen nachhaltiger Selbstorganisation, etwa den Straßenfesten in der Kölner Keupstraße, wo sich 2004 ein dem NSU zugeordneter Na-

gebombenanschlag ereignete, öffentlich ein. Im Frühjahr 2012 publizierten die Oberbürgermeister der Städte, in denen zwischen 2000 und 2007 Menschen durch den NSU ermordet worden waren, eine gemeinsame Erklärung.¹⁵ Mit diesem Text versehene Gedenktafeln sollten alle Tatorte markieren. In unterschiedlicher Weise wurde dies nach und nach umgesetzt: Außer in Rostock finden sich heute in allen diesen Städten Tafeln oder Stelen mit der gemeinsamen Erklärung. In München¹⁶, Kassel und Heilbronn¹⁷ wurden in diesem Sinne die Tatorte mit Gedenktafeln versehen, in letzterem Fall mit einer Abweichung vom Wortlaut der Erklärung. Auch in Nürnberg sind die einzelnen Tatorte individuell markiert; darüber hinaus wurde 2013 eine zentrale Erinnerungsstätte mit vier Ginkgo-Bäumen und einer Gedenktafel mit dem Wortlaut der Erklärung am Kartäuserort eingeweiht.¹⁸ Die Stadt Dortmund hat 2013 in der Nähe des Hauptbahnhofes ebenfalls einen zentralen Gedenkstein für alle NSU-Opfer mit der Erklärung errichtet.¹⁹ auch hier entstand am Tatort des Mordes an Mehmet Kubasik zudem eine von der Bezirksvertretung Innenstadt-Nord gestiftete und individuell gestaltete Denkmalanlage (Abb. 1).²⁰ In Rostock findet sich nach der Vorgabe einer Stadtratskommission zur Schaffung eines Erinnerungsortes nicht der Wortlaut der Erklärung, sondern ein eigens verfasster Text am Denkmal für das NSU-Opfer Mehmet Turgut.²¹ Die Erinnerungsstätte am Tatort ging aus einem künstlerischen Wettbewerb hervor.²² Eine weitere Form des Ge-



denkens an die NSU-Verbrechen stellen Straßenumbenennungen dar.²³ Diese wurden an einigen Orten offiziell vorgenommen, aber auch von Aktivist/innen als Gedenken temporär inszeniert.²⁴ In Hamburg-Bahrenfeld erfolgte 2014 die Umbenennung der Kohlentwiete zwischen der Stresemannstraße und dem südlichen Ende der Straße Kühnehöfe in Tasköprüstraße zur Erinnerung an das Hamburger NSU-Opfer Süleyman Tasköprü. Der Tatort, ein Gemüseladen in der nahegelegenen Schützenstraße, ist durch einen Gedenkstein mit dem Wortlaut der Erklärung markiert.²⁵ Dieser findet sich auch an einer Gedenkstele in Kassel, die am Ort der Ermordung von Halit Yozgat entstand;²⁶ zudem erhielt der zuvor namenlose Platz den Namen Halitplatz und eine angrenzende Straßenbahnhaltestelle wurde in „Halitplatz“ umbenannt. Die Forderung, die angrenzende Holländische Straße in Halitstraße umzubenennen, hatte Ismail Yozgat, Halits Vater, in seinen Reden während der jährlichen Gedenkveranstaltungen und bei seinen Aussagen als Zeuge im NSU-Prozess immer wieder erhoben.²⁷ Das von den Angehörigen und einem bürgerschaftlichen Bündnis getragene NSU-Gedenken in Kassel hat maßgeblich zu einer bundesweiten Vernetzung der Angehörigen der Opfer aller NSU-Morde beigetragen.²⁸ Viele der Gedenkort wurden von User/innen auf die Karten des Open-Data-Projektes openstreetmap.org eingetragen. Ihnen sind jeweils die Attribute „historic“ und „memorial“ zugeordnet. Einige Städte führen die Orte auf ihrer Internetpräsenz unter der Rubrik „Gedenkstätten“. Von allen Orten und Gedenkstätten sind online Fotos zu finden

(wie etwa Abb. 1).

Thüringen war bei der Erklärung von 2012 nicht vertreten, weil es dort zu keinem Mord gekommen war. Gleichwohl stellt der Umgang mit dem NSU, der in Jena entstand, eine Herausforderung für das Bundesland dar.²⁹ Im Wahlprogramm der Partei Die Linke zur Landtagswahl 2014 heißt es, Thüringen stehe „in einer besonderen Verantwortung“ bei der Aufklärung der NSU-Mordserie.³⁰ Deshalb müsse sich der neu gewählte Landtag im Rahmen eines weiteren Untersuchungsausschusses vor allem mit den „[...] gesellschaftlichen Ursachen für das Entstehen militanter neonazistischer Zellen [...] und der Mitverantwortung der Sicherheitsbehörden [...]“ beschäftigen. Und: „Ihnen, den Opfern des NSU-Nazi-Terrors, wollen wir in Thüringen eine Stätte der Erinnerung und Mahnung errichten. Ein gesellschaftlich breit getragener und würdiger Gedenkort für die Toten, deren Mörder aus Thüringen kamen [...].“ In der bisherigen Praxis der NSU-Erinnerung wäre dies erstmals ein Opfergedenken ohne Bezug zu einem konkreten Tatort.

NSU-ERINNERUNG – GESELLSCHAFTLICHER DISKURS UND KÜNSTLERISCHE ANEIGNUNG

Aber wo wären die „gesellschaftlichen Ursachen“ zu suchen und worin bestünde die „besondere Verantwortung“ Thüringens im Umgang mit dem NSU-Erbe? In der Tatsache, dass das NSU-Trio von hier stammte, dass hier mit dem Jenaer „Winzerklub“, einem kommunal-



← ↗ 4, 5: Weimar, Theaterplatz, Demonstration gegen einen Aufmarsch von Rechtsextremist/innen, April 2008



len Jugendzentrum, die „Räume der Radikalisierung“³¹ lagen? Oder darin, dass hierzulande etwa ein Viertel der Bevölkerung rechtsextreme Einstellungen teilen?³² Mit der Einsetzung eines weiteren NSU-Untersuchungsausschusses bleibt das Thema auf der Tagesordnung. Der rot-rot-grüne Koalitionsvertrag von 2014 sieht außerdem die Schaffung einer „Dokumentationsstelle Menschenrechte, Grundrechte und Demokratie“ vor, die jegliche Formen von gesellschaftlichem Protest erfasst und inhaltlich auswertet.³³ Ein Denkmal für die NSU-Opfer ist in Thüringen bislang allerdings noch nicht errichtet worden.

Mit Blick auf die öffentlichkeitswirksamen Kontroversen um die großen Berliner Denkmalsetzungen nach 1990 – den Ausbau von Schinkels Neuer Wache in Berlin zur „Zentralen Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“, das „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ und jüngst das „Einheitsdenkmal“ – wäre zu fragen, inwieweit Denkmäler in heterogenen, subkulturell ausdifferenzierten Gesellschaften überhaupt noch eine Wirkung entfalten und

beispielsweise im Sinne eines Nationaldenkmals über sich hinausweisen können. Die Berliner Denkmalsetzungen sind als Versuche einer solchen Bedeutungszuweisung zu verstehen, paradoxerweise zu einem Zeitpunkt, als Deutschland bereits als „postnationale Gesellschaft“ (Karl Dietrich Bracher) charakterisiert worden war. Hier schließt sich die Überlegung an, ob nicht eine gelebte Erinnerung im Gegensatz zum Erinnerungszeichen heute das „bessere“ Denkmal sein kann. „Gelebt“ bezieht sich dabei zum einen auf performative, Öffentlichkeit herstellende Akte wie Mahnwachen oder Demonstrationen (Abb. 2, 3). Zum anderen lässt sich darunter, analog zum bildnerisch-künstlerischen Denkmalentwurf in der Tradition des 19. Jahrhunderts, auch eine darstellend-künstlerische Setzung verstehen. Auf beide Formen gehe ich im Folgenden anhand zweier persönlicher Erlebnisse aus den Jahren 2015 und 2012 ein.

Winterhalbjahr 2014/15: Meldungen von den von Montag zu Montag steigenden Teilnehmer/innenzahlen bei den „Spaziergängen“ und Demonstrationen der Pegida-Bewegung – vor allem in Dresden, als „Bärgida“, „Legida“, „Sügida“, „Thügida“ usw. oder der Urform „Hogesa“ auch andernorts – dominierten den medialen Diskurs.³⁴ Zugleich entfaltete sich, ähnlich der im Sommer zumindest in ihrer Breitenwirkung gleichsam explodierenden „Willkommenskultur“, ein Bündnis unterschiedlicher institutioneller und gesellschaftlicher Akteur/innen, die sich gegen die Inanspruchnahme des öffentlichen Raumes für die Verbreitung von rassistischen Ressentiments und Hassbotschaften zur Wehr setzten, vor allem in Form von Gegendemonstrationen, aber auch durch die Abschaltung der Beleuchtung etwa der Dome in Erfurt und Köln oder der Dresdner Semperoper. Zugleich setzte in dieser Periode bereits die darstellend-künstlerische Auseinandersetzung mit den Ereignissen ein. So fand die erste künstlerische Verarbeitung des Phänomens Pegida am 31. Januar 2015 auf der (Musik-)Theaterbühne des Nationaltheaters in Weimar statt. In Volker Löschs Inszenierung von Giuseppe Verdis „I Masnadieri“ (nach Schillers „Die Räuber“), in der in einer Art Gedenkszene der Umgang mit den Opfern des NSU thematisiert wird, scharrt sich ein besorgter Opernchor hinter Franz Moor – stilecht ausgestattet mit schwarz-rot-goldenen Flaggen und den Plakaten und Spruchbändern, die am vorangegangenen Montag noch auf den



50 Straßen von Erfurt oder Dresden zu sehen gewesen waren.³⁵ Den Figuren des Stücks sind Aussagen aus einer Interview-Recherche zugeordnet, die das Regie-Team unter Pegida-Vertreter/innen, Mitgliedern des rechtsextremen Spektrums, Aussteiger/innen und Politiker/innen der AfD sowie gemäßigter Parteien und linken Aktivist/innen geführt hatte. Wie das Bild der Pegida-Demo werden dabei auch die Originalzitate nicht für den kurzen Bühneneffekt ausgebeutet, ihre Urheber/innen nicht bloßgestellt, sondern mit den Figuren der literarischen Vorlage verschränkt. In dieser Gegenüber- und Zusammenstellung eröffnet die Inszenierung einen bedrückenden Blick auf die universellen Kategorien von Gewalt, Freiheit, Familie und das Ausgeliefertsein, damals, in Gera, Jena, Kahla, Orlamünde, Rudolstadt und anderswo. Inhalt und Form der Inszenierung verschmelzen zu einer vollendeten ästhetischen Einheit:

ein Gesamtkunstwerk, das Maßstäbe gesetzt hat dafür, wie die Kunst mit ihren Mitteln gesellschaftliche Konflikte aufgreifen und verhandeln kann – ohne die „Klassiker“ dabei mit der Brechstange „aktualisieren“ zu müssen.³⁶

Eine zumindest mittelfristige Reflexion des Zeitgeschehens wird diese Inszenierung aber kaum anstoßen können: Sie ist, anders als es an vielen größeren Häusern und manchmal auch in Weimar vorkommt, nicht zu einem die Spielzeiten überdauernden Repertoireklassiker geworden. Auch Gastspiele erlebte sie nicht, nicht einmal an den vielen Theatern in Thüringen. Das Fernsehen wollte keine der Aufführungen mitschneiden, und auf seinen eigenen YouTube-Kanal stellte sie das DNT Weimar auch nicht. Die überregionale Kritik nahm die Inszenierung kaum oder mit Unverständnis auf.³⁷

WEIMAR AM 1. MAI 2012.
PERSÖNLICHE EINDRÜCKE³⁸

Sie tragen verspiegelte Sonnenbrillen und schwarze Sweater. „Sächsische Schweiz“ steht da zum Beispiel in weißer Fraktur quer über der Brust, „politisch motivierter Einzeltäter“ hinten auf dem Rücken. Sie fahren mit Regionalzügen zu ihren Versammlungen und Kameradschaftstreffen, die „Kumpels“ in schwarzen Hoodies und NPD-Kader in hellen Blousons. Sie reden von unwertem Leben und dass man mal wieder „richtig aufräumen“ müsse. Manche reden wirr, andere tragen ihren Hass kühl kalkuliert hinter Sonnenbrillen zur Schau. Im Regionalexpress nach Altenburg, in Neumünster, in Dortmund-Dorstfeld. Überall in Deutschland. Ein Heer von möglichen „politisch motivierten Einzeltätern“. Was für ein Statement, gerade jetzt. An diesem Ersten Mai in Weimar ist etwas anders. Ein paar Meter vor dem Startplatz des jährlich stattfindenden Seifenkistenrennens halten etwa hundert Neonazis eine Kundgebung ab, vom bunten Treiben der Stadt durch gefühlt zehn Mal so viele Polizist/innen abgeschirmt. Nur einmal ist eine kurze Ansage an „die Kameraden“ zu hören. Sonst nichts, oder es geht unter im Getrommel der Sambagruppe und in Rio Reisers Gesang, der aus dem Lautsprecherwagen der Jungen Gemeinde Jena dringt. Die Neonazis tragen orangefarbene T-Shirts und wieder Sonnenbrillen. Von Zeit zu Zeit löst sich ein Grüppchen aus der Kundgebung und verschwindet im abgeriegelten Bahnhofsgebäude, um Eistee und belegte Brötchen zu kaufen. Kaum dass sie hinter den Polizeiwagen ins Blickfeld der Gegendemonstrant/innen kommen, erhebt sich ein Lärm wie im Fußballstadion. Auf die Melodie von „Ihr könnt nach Hause fahr'n“ skandiert die Antifa

„Ihr habt den Krieg verlor'n“, und dann, sehr rhythmisch, „dumm und braun und national“. So ein Gebrüll ist nicht für jeden etwas. Es wird auch von niemandem verlangt. Der Protest gegen Rechtsextremismus ist jung und alt, antifaschistisch und bürgerlich, studentisch und gewerkschaftlich, kirchlich und säkular. Kleine Kinder auf Papas Arm schlagen auf Topfdeckel, größere Kinder brüllen „Nazis raus“, die ganz großen machen einen auf schwarzen Block (Abb. 7). Und die Älteren regen sich auf über die „Millionen“, die das alles kosten muss, für „nur achtzig Nazis“. Alle stehen sie da am Weimarer Bahnhof hinterm Hamburger Gitter, und eine Straße weiter, wo es so schön schattig ist, steht auch die Polizei auf ihrer Seite, stumm und eigentlich ganz entspannt (Abb. 8) und offenbar froh, mal die Ärmel hochkrepeln zu können und den Helm nicht aufhaben zu müssen. Das sei ja „wie im Zoo“, hört man hier und da. Und es scheint wirklich so zu sein, dass viele gekommen sind, um mal nach den Rechten zu sehen. Man hat ja so viel gehört in den Medien in letzter Zeit. Und da sind sie dann, „pfui“, was für eine „Unverschämtheit“, tönt es aus der Gegendemo. Gewiss, es gibt größere Nazi-Aufmärsche, auch in Weimar gab es so einen 2008 (Abb. 4, 5), es gibt sie in Dresden jeden Februar und in noch einigen anderen Städten im Protestkalender der Gegegnbewegung. Die Weimarer Kundgebung ist aber die erste in Thüringen nach dem 4. November 2011, jenem Tag, als alle Welt erfuhr, dass von Thüringen und Sachsen aus jahrelang Rechtsterrorist/innen mordeten, ohne dass ihnen die Behörden beigegeben wären. Deshalb ist alles anders an diesem Ersten Mai, gerade in Thüringen: War man in der anfänglichen Erschütterung über das Ausmaß des rechten Terrors noch zurückhaltend mit der Rede von der Blindheit auf dem rechten Auge,

→ 7: Weimar, August-Baudert-Platz, Demonstration gegen einen Aufmarsch von Rechtsextremist/innen, 1. Mai 2012





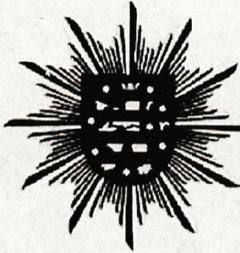
scheint diese Schonzeit nun vorbei. Nahezu täglich werden neue Details zu den Ermittlungen gegen den NSU und in der Sache der „Döner-Morde“ bekannt. Im Rückblick reihen sich alle diese Momente des behördlichen Versagens zu einem großen tragischen Stück, das die Weimarer/innen auf die Demo treibt, empört, sprachlos ob der neuen Wirklichkeit, mit der das Land seit November 2011 leben muss. Alle diese Momente schweben wie ein Menetekel über der Versammlung zum Ersten Mai: die Durchsuchung der Jenaer Bombenbastler-Garage 1996, während einer der späteren Rechtsterroristen seelenruhig in seinem Auto davonfuhr, der Moment, in dem 1995 ein V-Mann in Kahla ein Grundstück für Schießübungen pachtete und einer der späteren Rechtsterroristen dieses entsprechend nutzte und die Behörden dies wussten, der Moment, in dem die Bayerischen Behörden den Hinweis von FBI-Profilier/innen verschleppten, die auf einen Rechtsextremisten tippten, der Moment, in dem deutsche Profiler/innen mit ihrem richtigen Profil nur am falschen Ort suchten. Und auch andere Momente, in denen sich die Arbeit der Sicherheitsbehörden hart und streng in aller Öffentlichkeit zeigte, etwa 2010 bei der Räumung des besetzten Erfurter Topf-und-Söhne-Geländes, des Fabrikationsortes der Öfen von Auschwitz, das ein autonomes Hausbesetzerprojekt mit allerlei Veranstaltungen über Jahre im öffentlichen Bewusstsein gehalten hatte, mit Scharfschützen auf den Dächern und von einem Hubschrauber

abgesellten Spezialkräften. Oder die Funkzellenauswertung während der Dresdner Demo 2011 oder die jahrelange Beobachtung der angeblichen terroristischen „militanten gruppe“, der Aushang an der Uni Jena (Abb. 9).

Man kann es für überflüssig halten, diesen Zusammenhang aufzumachen, genauso wie man es für überflüssig halten kann, noch einmal eine bereits vergangene Sache zu skandalisieren. Aber manchmal stellen sich die Dinge nach einer gewissen Zeit anders dar, im Lichte neuer Erkenntnisse. Wenn mit jeder Meldung zur Neonazi-Terrorzelle die Ermittlungsspannen und Nachlässigkeiten der Sicherheitsbehörden immer deutlicher zutage treten, dann sind das solche Erkenntnisse. Und dann muss ich an diesen Aushang denken. Er hat sich tiefer in mein Gedächtnis eingebrannt als all die Bildikonen aus dem „deutschen Herbst“ 1977, die düsteren RAF-Fahndungsplakate oder die Bilder des toten Wolfgang Grams auf dem Bahnhof von Bad Kleinen 1993. Das waren die Zeiten, als Terror klar zuzuordnen war. Der Aushang

↑ 8: Weimar, Kuhlmannstraße/Schopenhaustraße, Demonstration gegen einen Aufmarsch von Rechtsextremist/innen, 1. Mai 2012

→ 9: Aushang, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Seminargebäude August-Bebel-Straße 4, Herbst 2007.



FREISTAAT THÜRINGEN
THÜRINGER POLIZEI



**Thüringer
Landeskriminalamt**
Am Schwemmbach 69
Postfach 10 18 27
99099 Erfurt

Telefon:
+49 (0)361- 341 09
Telefax:
+49 (0)361- 341 1450

Email:
lka@polizei.thueringen.de
Internet:
<http://www.thueringen.de/de/lka/>

Die Polizei bittet um ihre Mithilfe!

In der Nacht vom 30. zum 31.07.2007 wurden mehrere Mitglieder der linksextremen terroristischen Vereinigung "militante gruppe (mg)" bei dem Versuch, Fahrzeuge der Bundeswehr in Brand zu setzen, verhaftet. Ein weiterer Rädelsführer konnte überführt werden, da er als Soziologe intellektuell in der Lage war, die anspruchsvollen Texte der "militanten gruppe (mg)" zu verfassen, und ihm als Mitarbeiter eines Forschungszentrums Bibliotheken zur Verfügung standen, die er unauffällig nutzen konnte, um die zur Erstellung von Bekennerschreiben erforderlichen Recherchen durchzuführen.

Trotz dieser erfolgreichen Massnahmen ist davon auszugehen, dass sich noch weitere Mitglieder der "militanten gruppe (mg)" und anderer linksextremer Terrororganisationen auf freiem Fuß befinden.

Um diese rasch zu überführen, ist die Polizei auf Hinweise aus der Bevölkerung angewiesen.

Wer Personen kennt, die eines oder mehrere der folgenden Verdachtmomente erfüllen, ist dringend aufgefordert, dies dem Landeskriminalamt Thüringen (Tel. 0361 341 09), dem Rektorat der Universität Jena (Tel. 03641 9-31000) oder der nächsten Polizeidienststelle mitzuteilen. Hinweise werden auf Wunsch vertraulich behandelt.

- Die Person erfüllt die intellektuellen und sachlichen Voraussetzungen, die für das Verfassen eines vergleichsweise anspruchsvollen Bekennerschreibens erforderlich sind.
- Der Person stehen Bibliotheken zur Verfügung, die sie unauffällig nutzen kann, um die zur Erstellung eines Bekennerschreibens erforderlichen Recherchen durchzuführen.
- Die Person hat sich irgendwann mit Menschen getroffen, die möglicherweise politisch motivierte Straftaten begangen haben.
- Von der Person verfasste Artikel oder wissenschaftliche Abhandlungen enthalten Schlagwörter und Phrasen, die in den Texten der "militanten gruppe (mg)" ebenfalls verwendet werden. (Z.B. Gentrifizierung, Militarismus, neoliberal, Hartz IV)
- Die Person beschäftigt sich mit Themen wie Weltwirtschaftsordnung, Prekarisierung, Stadt- und Regionalentwicklung
- Die Person hat an Demonstrationen oder an anderen Aktionen gegen den G8-Gipfel teilgenommen, die nach Auffassung des Oberverwaltungsgerichts Greifswald das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland gefährdet haben.

steht dagegen vor allem für die neue Terrorhysterie nach dem 11. September. „Islamistischer Terrorismus“, Linksterrorismus der „militanten Gruppe (mg)“ und der Sicherheitsterror der Mitte: Nicht nach einer Waffe wurde gefragt, mit der allein 2001 innerhalb kurzer Zeit drei Menschen ermordet wurden, sondern nach Menschen, die Zugang zu Bibliotheken haben oder sich zum Beispiel mit „Stadt- und Regionalentwicklung“ beschäftigen. Zur Meldung von Kommiliton/innen wurde aufgerufen, während die bezahlten NPD-Informant/innen dem Verfassungsschutz eine lange Nase drehten.

Der Zettel hing im Herbst 2007 an einer Hörsaaltür in der Jenaer Universität. Es ist eine schier unglaubliche Geschichte von monatelanger und, wie das Berliner Verwaltungsgericht kürzlich festgestellt hat, illegaler Überwachung, die damals hohe Wellen schlug. Zwei Jahre später sah ich den Episodenfilm „Deutschland 09“ von Tom Tykwer und anderen (D 2009). Darin erzählt der Kurzfilm „Gefährder“ von Hans Weingartner den Fall des Berliner Soziologen Andrej Holm, der im August 2007 unter dem Verdacht, der „terroristischen Vereinigung“ mg anzugehören, verhaftet wurde. Die nächtliche Festnahme Holms in seiner Wohnung vor den Augen der Familie stellt der Film besonders drastisch dar. Aus dem Off wird der Text dieses Aushangs gesprochen, und erst da wurde mir richtig bewusst, dass dieser Text Wirklichkeit war. Vom Kino zurück, kramte ich sie wieder hervor, die Bitte um „Mithilfe“. Es ist der Jargon – reflektierte historische Vergleiche ohne gleichzusetzen sind zu Zwecken der Aufklärung legitim – der Gesinnungspolizei, des Terreur, der Counterinsurgency, der politischen Säuberungen. Und das im Namen der Inneren Sicherheit, jener spezifisch bundesrepublikanischen Version von „homeland security“, deren

Ursprünge in und vor der Zeit des „deutschen Herbstes“ 1977 liegen.

„Wir sind zutiefst beschämt“, sagte Angela Merkel auf der Gedenkfeier für die Opfer des NSU. Den Zettel erwähnte sie nicht. Aber er schwang zwischen den Zeilen mit, weil er in erschreckender Offenheit zeigt, womit sich die Sicherheitsbehörden beschäftigt haben: Wir waren doch auf dem rechten Auge blind, nicht dem linken, wie es immer hieß. Auf dem Zettel steht, warum. Weil sich die Sicherheitsbehörden an lächerlichen Nichtigkeiten verausgabten, während der menschenverachtende Hass, der einem aus rechten YouTube-Videos und bei Nazi-Demos entgegenbrüllt, zum rassistischen Mord wurde. Wer sind die Menschen hinter den Parolen? Manchmal möchte man sie einfach mitnehmen hinter die Absperrung, in die Mitte dieser Gesellschaft, solange es diese noch gibt. Diese Dinge beim Namen zu nennen, hat nichts mit Aufrechnen zu tun. Aber vielleicht hilft es denen, die Opfer dieser Strukturen geworden sind – im Sinne einer symbolischen Wiedergutmachung.

SCHLUSS: DARK HERITAGE, ERBE UND AUFKLÄRUNG

Die Reflexion über das Erbe der NS-Zeit und vieler anderer Elemente der Gewaltgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts berührt in ihrer normativen Brisanz auch die Frage des „Lernens“ aus der Geschichte. Muss man folglich eine negative Bilanz ziehen? „Lernt“ man „einfach so“ eben nichts aus negativer Geschichte, die ja stets auch die Summe individueller und tradierter Erfahrungen ist? Historisches Lernen, das ist eine Erkenntnis im Umgang mit der Geschichte von Krieg, Gewalt, aber auch der von Versöhnung und Demokratisierung, braucht offenbar eine kritische und vermittelnde Rahmung, um im aufklärerischen Sinne „gelebtes“ Erbe zu werden. Die Benennung auch von „dark heritage“ und dessen Integration in eine übergreifende Reflexion des Umgangs mit dem kulturellen Erbe bleibt, das ist deutlich geworden, im weitesten Sinne ein normatives Projekt. Obwohl „dark heritage“, oder mehr noch „dark tourism“, auch auf populäre Schaulust und den damit verbundenen Gruseltourismus verweisen, ist die offensive Auseinandersetzung mit dem nicht so einfachen Erbe selbst ein aufklärerisches Unterfangen und wurzelt vielfach in eben jener optimistischen Vorstellung eines verstehenden Lernens.³⁹ Gerade die Auseinandersetzung mit dem „dark heritage“ NSU wirft daher die Frage nach der spezifischen Normativität auf, die im Umgang mit „Extremismen“ oft mit der Metapher von der Blindheit auf dem linken bzw. rechten Auge umschrieben wird. Der Soziologe Matthias Quent weist in diesem Zusammenhang zu Recht auf die menschenverachtende und demokratiefeindliche Qualität rechtsextremer Einstellungen hin, weshalb ein unspezifischer Extremismus-Begriff in demokratischen Gesellschaften problematisch sei.⁴⁰ Am Beispiel der Erinnerung an die Opfer des NSU als Teil der deutschen Zeitgeschichte nach 1989/90 wird schließlich auch deutlich, welch breites Spektrum von Akteur/innen an der Produktion von Heritage beteiligt ist. Neben dem Engagement der kommunalen (Selbst-)Verwaltung als Repräsentantin des Gemeinwesens sind es hier die Angehörigen als unmittelbar Betroffene, welche die Ereignisse durch sichtbare Zeichen und Aktionen im öffentlichen Gedächtnis halten sowie die Netzgemeinde, die für eine digitale Kartierung der physischen Erinnerungsorte sorgt.

1 David Lowenthal, *The Heritage Crusade and the Spoils of History*, Cambridge 1998.

2 Harold Kalman, *Heritage Planning. Principles and Process*, New York 2014, S. 4; für einen kritischen Überblick zur Konstruktion von Heritage und Kulturerbe vgl. Markus Tauschek, *Kulturerbe. Eine Einführung*, Berlin 2013, S. 27f.

3 Vgl. Volkhard Knigge/Norbert Frei (Hrsg.), *Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord*, München 2002.

4 Norbert Huse, *Unbequeme Baudenkmale. Entsorgen? Schützen? Pflegen?*, München 1997.

5 Ebda., S. 34.

6 Siehe ebda., S. 7.

7 Katie Young, *Auschwitz-Birkenau. The challenge of heritage management following the Cold War*, in: William Logan/Keir Reeves (Hrsg.), *Places of Pain and Shame. Dealing with "Difficult Heritage"*, London 2009, S. 50–67.

8 Vgl. den Hinweis bei Rodney Harrison, *Heritage. Critical Approaches*, London 2013, S. 192f. auf die These von Turnbridge und Ashworth (1996), dass heritage stets „dissonant“ sei, da es konfliktierenden Deutungsmustern unterliege.

9 Aus der Fülle der Literatur sei für den Umgang mit dem architektonischen Erbe des NS auf Winfried Nerdingers gesammelte Aufsätze „Architektur, Macht, Erinnerung. Stellungnahmen 1984 bis 2004“, München 2004 verwiesen; zum antifaschistischen Gründungsmythos der DDR vgl. die Inschrift in der Umfassungsmauer des Weimarer Thälmann-Denkmal am heutigen Buchenwaldplatz (Walter Arnold, 1958): „AUS EUREM OPFERTOD WÄCHST UNSERE SOZIALISTISCHE TAT“. Diesem Denkmal, einem der ersten für Ernst Thälmann in der DDR, folgten viele weitere.

10 War die Auseinandersetzung mit Deutschlands ambivalenter Diktaturerfahrung anfangs von einer problematischen Parallelisierung und Gleichsetzung geprägt, wurde mit der überarbeiteten Gedenkstättenkonzeption des Bundes 2008 ein differenzierter und praktisch tragfähiger Rahmen zur institutionellen Förderung der NS- und DDR-bezogenen Gedenkstätten geschaffen.

11 Richard Alewyn, *Goethe als Alibi?*, in: *Hamburger Akademische Rundschau* 3 (1949), Nr. 8–10, S. 685–687, hier S. 686.

12 Siehe Hans Holzhaider, *Grab von Rudolf Heß existiert nicht mehr*, in: *Süddeutsche Zeitung* v. 21. Juli 2011, <http://www.sueddeutsche.de/politik/wunsiedel-ende-einer-nazi-pilgerstaette-grab-von-rudolf-hess-existiert-nicht-mehr-1.1122689> (10. Oktober 2016).

13 Siehe Stadt Velbert, *Technische Betriebe Velbert, Stellungnahme: Grabstätte der Familie Ribbentrop in Velbert-Langenberg*, 14. Januar 2016, <http://www.velbert.de/aktuelles/presse/pressemitteilungen/default.asp?details=1&id=9961> (10. Oktober 2016); vgl. Anm. 12. Für den Hinweis auf den aktuellen Stand dieser beiden Gedenk-konflikte danke ich Eva von Engelberg-Dočkal.

14 In Leser/innenbriefen und Interviews beriefen sich Helfende auf die Verfolgten des NS-Regimes, für die viele Staatsgrenzen geschlossen blieben. Mit den Bildern von Grenzzäunen und der Debatte um Äußerungen der AfD-Politikerin Beatrix von Storch zur Anwendung von Schusswaffen an der deutschen Grenze waren 2015/16 zudem weitere emotional besetzte Topoi deutscher Zeitgeschichte aufgerufen.

15 „Neonazistische Verbrecher haben zwischen 2000 und 2007 zehn Menschen in sieben deutschen Städten ermordet: Neun Mitbürger, die mit ihren Familien in Deutschland eine neue Heimat fanden, und eine Polizistin. Wir sind bestürzt und beschämt, dass diese terro-

ristischen Gewalttaten über Jahre nicht als das erkannt wurden, was sie waren: Morde aus Menschenverachtung. Wir sagen: Nie wieder! / Wir trauern um: / Enver Şimşek – 11. September 2000, Nürnberg / Abdurrahim Özüdoğru – 13. Juni 2001, Nürnberg / Süleyman Taşköprü – 27. Juni 2001, Hamburg / Habil Kılıç – 29. August 2001, München / Mehmet Turgut – 25. Februar 2004, Rostock / İsmail Yaşar – 09. Juni 2005, Nürnberg / Theodoros Boulgarides – 15. Juni 2005, München / Mehmet Kubaşık – 04. April 2006, Dortmund / Haiit Yozgat – 06. April 2006, Kassel / Michèle Kiesewetter – 25. April 2007, Heilbronn / Gemeinsame Erklärung der Städte / Nürnberg / Hamburg / München / Rostock / Dortmund / Kassel und Heilbronn, / April 2012“. Der Wortlaut ist den zahlreichen Fotos der Gedenktafeln im Internet zu entnehmen und wiedergegeben u. a. unter <https://zwickautopia.wordpress.com/2016/07/20/gedenkstaetten-fuer-nsu-opfer-die-spur-des-schreckens-quer-durch-deutschland/> (3. September 2016).

16 Gedenktafel für Habil Kılıç am Haus Bad-Schachener-Straße 14, 81671 München [ist online nicht kartiert (3. September 2016)]; Gedenktafel für Theodoros Boulgarides am Haus Trappentreustraße 4, 80339 München [ist online nicht kartiert (3. September 2016)].

17 Auf der Gedenktafel für Michèle Kiesewetter in Heilbronn findet sich eine Variante der Erklärung ohne den Satz „Wir sagen: Nie wieder!“; Gedenktafel an der Theresienwiese, Höhe Hafestraße, 74072 Heilbronn, <http://www.openstreetmap.org/node/687924319> [ist online als „Gedenkstein Polizistenmord“ ohne NSU-Bezug kartiert] (3. September 2016).

18 https://www.nuernberg.de/internet/menschenrechte/nsu_mahnmal.html (03. September 2016); Gedenktafel und Bronzeplatte für Enver Şimşek, Liegnitzer Straße, 90475 Nürnberg, <http://www.openstreetmap.org/node/3903100844> (3. September 2016); Wandschild für Abdurrahim Özüdoğru, Ecke Gyulaer Straße/Siemensstraße, 90459 Nürnberg, <http://www.openstreetmap.org/node/3903116507> (3. September 2016); Denkmal für İsmail Yaşar, Scharrerstraße, 90478 Nürnberg, <http://www.openstreetmap.org/node/3903042729> (3. September 2016).

19 https://www.dortmund.de/de/rathaus_und_buergerservice/lokalpolitik/vielfalt_toleranz_und_demokratie/gedenkstaette/ (3. September 2016).

20 Gedenkstein der Bezirksvertretung Innenstadt-Nord für Mehmet Kubaşık, mit Pollern und Ketten gefasst, Mallinckrodtstraße, 44147 Dortmund [ist online nicht kartiert (3. September 2016)].

21 http://rathaus.rostock.de/sixcms/detail.php?id=41608&_sid1=260&_sid2=267 (3. September 2016).

22 Denkmal für Mehmet Turgut und Gedenktafeln mit vom Stadtrat verabschiedeten eigenen Inschriften, Neudierkower Weg, 18147 Rostock, <http://www.openstreetmap.org/node/2703811102> (3. September 2016).

23 Zur erinnerungskulturellen Praxis der Umbenennung von Straßen und Plätzen vgl. Matthias Freese (Hrsg.), *Fragwürdige Ehrungen!? Straßennamen als Instrument von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur*, Münster 2012 sowie jüngst der Artikel „Umbenennung von Straßen“, in: Torben Fischer/Matthias N. Lorenz (Hrsg.), *Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland: Debatten und Diskursgeschichte seit 1945*, 3. überarb. u. erw. Aufl., Bielefeld 2015, S. 429–432.

24 Siehe z. B. die Aktionen 2014 und 2016 zum Gedenken an Mehmet Kubaşık in Dortmund, bei der Teile der Mallinckrodtstraße durch Überkleben der Straßenschilder in „Kubaşık Str.“ umbenannt wurden, http://nordstadt-blogger.de/wp-content/uploads/2016/04/Tag_der_Solidarität_0001.jpg (10. Oktober 2016).

25 Gedenkstein mit Gedenktafel für Süleyman Taşköprü, Schützenstraße 39 [online nicht kartiert (3. September 2016)], vgl. <http://www.gedenkstaetten-in-hamburg.de/gedenkstaetten/gedenkort/gedenktafel-fuer-sueleyman-taskoeprue/> (03. September 2016) sowie die nahegelegene Taşköprüstraße, <http://www.openstreetmap.org/way/290057939> (3. September 2016).

26 Gedenkstele für Halit Yozgat und Umbenennung des Ortes in Halitplatz, 34127 Kassel, <http://www.openstreetmap.org/node/1999647738> (3. September 2016).

27 İsmail Yozgat trug dabei stets ein Bildplakat mit der Forderung nach der Umbenennung bei sich. Den Hinweis auf diese Form des performativen Protestes verdanke Aysel Güleç und Johanna Schaffer mit ihrem Vortrag „Empathie, Ignoranz und ‚migrantisch situiertes Wissen‘. Gemeinsames Arbeiten an der Auflösung des NSU-Komplexes“ (Akademie der Bildenden Künste Wien, 7. Oktober 2016).

28 Aus den Erfahrungen mit der Abwesenheit und aktiven Unterdrückung der Opferperspektive in Kassel und anderswo ist inzwischen das Aktionsbündnis „Tribunal ‚NSU-Komplex auflösen‘“ entstanden. Das „Tribunal“ findet im Mai 2017 im Kölner Schauspielhaus statt, siehe <http://nsu-tribunal.de/> (10. Oktober 2016).

29 Vgl. Bodo Ramelow (Hrsg.), *Made in Thüringen? Nazi-Terror und Verfassungsschutz-Skandal*, Hamburg 2012.

30 DIE LINKE Thüringen, *Wann, wenn nicht jetzt? Programm der Partei DIE LINKE Thüringen zur Landtagswahl 2014*, Erfurt 2014, S. 44; nachf. Zitate ebda.

31 Matthias Quent, *Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus. Wie der NSU entstand und was er über die Gesellschaft verrät*, Weinheim et. al., 2016, S. 320.

32 Seit 2000 werden mit dem jährlichen Bericht „Politische Kultur in Thüringen“, kurz auch „Thüringen-Monitor“, den das Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena im Auftrag der Thüringer Landesregierung erstellt, umfangreiche Daten zu politischen Einstellungen und zur soziodemographischen Lage der Thüringer Bevölkerung erhoben. Die Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen schwankte in den Jahren zwischen 17 und 30 Prozent und lag für das Jahr 2015 bei 24 Prozent: Heinrich Best/Steffen Niehoff/Axel Salheiser/Katja Salomo, *Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Thüringen im 25. Jahr der deutschen Einheit. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2015*, Jena 2015, S. 90. Online abrufbar unter <http://www.thueringen.de/th1/tsk/landesregierung/thueringenmonitor/> (3. September 2016). Im Befragungszeitraum 8. bis 27. Juni 2015 stimmten allein 52 Prozent der befragten Menschen in Thüringen der Aussage zu, die Bundesrepublik sei „durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet“, ebda., S. 89.

33 Im Sommer 2016 wurde bekannt gegeben, dass die Amadeu-Antonio-Stiftung die Trägerschaft der Dokumentationsstelle in Jena übernehmen wird, siehe <http://www.thueringen.de/th2/tmbjs/aktuell/medienservice/mi/91857/index.aspx> (19. September 2016).

www.thueringen.de/th2/tmbjs/aktuell/medienservice/mi/91857/index.aspx (19. September 2016). Damit erfährt der seit den frühen 1990er Jahren bestehende Jenaer Schwerpunkt der sozialwissenschaftlich orientierten Erforschung vor allem des Rechtsextremismus eine weitere Stärkung.

34 Aus soziologischer Perspektive vgl. inzwischen Karl-Siebert Rehberg, Franziska Kunz, Tino Schlinzig (Hrsg.), *PEGIDA – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und „Wende“-Enttäuschung? Analysen im Überblick*, Bielefeld 2016.

35 Vgl. auch das Programmheft mit Erläuterungen zum Konzept der Inszenierung sowie zahlreichen gegenwartsdiagnostischen Texten zum Phänomen der gesellschaftlichen Radikalisierung, http://www.nationaltheater-weimar.de/pdf/programmhefte/201415/dnt_ph_raeuber_14_15.pdf (19. September 2016).

36 Die Arbeiten von Volker Lössch zeigen immer wieder, wo der Unterschied liegt zwischen einem auf den Betrieb fokussierten Regie-Theater, gewissermaßen als l'art pour l'art, und einer dokumentarischen Herangehensweise, die nicht minder für sich in Anspruch nimmt, Kunst zu sein. Zu ähnlicher Meisterschaft brachte es Burhan Qurbani mit „Wir sind jung. Wir sind stark“ (D 2014), einer filmischen Auseinandersetzung mit den ausländerfeindlichen Pogromen von Rostock-Lichtenhagen 1992, die ebenfalls im Frühjahr 2015 in die Kinos kam und damit zufällig zu einem besonderen Kommentar aktueller Ereignisse wurde.

37 Vgl. den giftigen Verriss von Jan Brachmann, *Wer einmal schnupft, dem glaubt man nicht*, in: *FA.Z.* v. 4. Februar 2015, S. 12.

38 Dieser Abschnitt beruht in weiten Teilen auf einem essayistischen Text, der am 1. Mai 2012 entstand, als in Weimar ein Neonazi-Aufmarsch, das traditionelle Seifenkistenrennen „Space Kid Head Cup“ und der Stadtflohmarkt (Abb. 6) zusammenfielen.

39 Einwände gegen diese idealistische Vorstellung ließen sich aus psychoanalytischer Perspektive formulieren, die bei der Bekämpfung von Extremismus und Gewalt auf der Ebene individueller Persönlichkeitsentwicklung ansetzt, vgl. Arno Gruen, *Der Kampf um die Demokratie. Der Extremismus, die Gewalt und der Terror*, Stuttgart 2002.

40 Siehe Quent 2016 (wie Anm. 31), S. 340.

-

Abbildungsnachweis

1 Michael Schilling (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Gedenkstätte_an_NSU-Mordopfer_Mehmet_Kubasik_vor_seinem_ehemaligen_Kiosk.jpg) (10.10.2016), „Gedenkstätte an NSU-Mordopfer Mehmet Kubasik vor seinem ehemaligen Kiosk“, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode>

9 Privatarchiv des Autors